

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Neu- regelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechts- änderungsgesetz“) (Drucksache 17/2115)

Als Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Nordrhein Westfalen vertreten wir 285.000 Kinder und Jugendliche aus den fünf nordrhein-westfälischen Bistümern, darunter auch viele Schüler*innen, die die gymnasiale Hochschulreife anstreben. Daher möchten wir im Folgenden zum Entwurf des *Gesetzes zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium* Stellung beziehen.

Grundsätzlich begrüßen wir die Initiative der Landesregierung, von der generellen Schulzeitverkürzung an Gymnasien Abstand zu nehmen. Kinder und Jugendliche brauchen Raum und Zeit für (informelles) Lernen, für Hobbys, ehrenamtliches Engagement und Freizeit, um ganzheitliche Bildung zu erfahren und haben das Recht, sich frei zu entfalten (Art. 6 Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen). Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten sehen wir durch die zwölfjährige Schullaufbahn nicht gewährleistet.

Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Wahlfreiheit der Gymnasien zwischen G8 und G9 betrachten wir allerdings als sehr kritisch. Zwar ist es ein pragmatischer Lösungsvorschlag, dass die Schulkonferenz mit einer Zweidrittelmehrheit über die Dauer der Schullaufbahn entscheiden müsste, dennoch würde dies unserer Meinung nach nicht den Bedürfnissen jedes*jeder einzelnen Schülers*in gerecht werden. Insbesondere im ländlichen Raum gibt es vielfach nur ein erreichbares Gymnasium, sodass keine Wahlfreiheit durch den*die Schüler*in bestünde. Daher schlagen wir eine generelle Einführung von G9 - auch an den katholischen Ersatzschulen - vor. Dabei sollte immer auch die Möglichkeit bestehen, die Schulzeit im Rahmen eines „Springermodells“ zu verkürzen, sollten Schüler*innen den Wunsch haben, das Abitur nach zwölf Jahren abzulegen.

Ganzheitliche Bildung ist aber nicht nur von der Schulzeitlänge abhängig. Ein Jahr mehr Schule bringt auch die Verantwortung mit sich, dieses Jahr zugunsten der Schüler*innen zu gestalten und sie dabei auf Augenhöhe mitwirken zu lassen. Deshalb bedarf es bei einer Umstellung auf G9 einer Betrachtung und Neugestaltung von Lehrplänen sowie Schaffung von Freiräumen unter Einbeziehung verschiedener Interessenvertretungen.

Aus unserer Sicht greift vor allem die Schulzeitverkürzung auf 180-188 Wochenstunden zu kurz. Die Reduzierung um maximal 2,6 Schulstunden pro Woche schafft nur wenige neue Freiräume. Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, das zusätzliche Schuljahr neben dem Ausbau der MINT Fächern auch für gesellschaftswissenschaftliche Fächer stärker in den Fokus zu nehmen und den Offenen Ganztag (OGS) auch in Zusammenarbeit mit Verbänden und Vereinen zu gestalten. Insbesondere weisen wir auf die durch verschiedene Studien belegte Bedeutung der informellen und non formellen Bildung und die Leistungen der Träger der Jugendhilfe in der außerschulischen Bildung entsprechend § 11 SGB VIII hin. Der Gesetzesentwurf enthält aus unserer Sicht nur sehr vage und unverbindliche Aussagen zur Ausgestaltung dieser Stundenzahl. Insbesondere in Hinblick auf geisteswissenschaftliche Fächer (s. unter „D Kosten“: „ggf. weitere Maßnahmen

(Aufwertung des Faches Politik/Wirtschaft [...]“) wünschen wir uns mehr Verbindlichkeit und Transparenz bei der Gestaltung der Lehrpläne - nicht erst nach der Verabschiedung des Gesetzes. Die Leistungen im Feld der politischen Bildung bedürfen dringend einer Neuorientierung und qualitativen Weiterentwicklung, was insbesondere der 15. Jugendbericht der Bundesregierung belegt.

Für eine an den Schüler*innen orientierte Gestaltung der Lern- und Freiräume sowie der Deckung von Personal- und sonstigen Kosten braucht es eine ausreichende Finanzierung, sodass auch jeder Schule der Umstieg auf G9 möglich ist, ohne dabei an der Bildungsqualität, Personal oder Räumlichkeiten sparen zu müssen. Auch die Einbindung der Schulsozialarbeit in Unterricht und OGS muss gewährleistet bleiben und erweitert werden. Sie ist zu einem elementaren Bestandteil eines ganzheitlichen Bildungsansatzes geworden. Positiv zu erwähnen ist, dass eine Finanzierung durch das Land im Gesetzesentwurf erwähnt ist, allerdings werden auch in diesem Fall keine klaren Aussagen getätigt, sodass eine Planungssicherheit für Schulen und Kommunen zum jetzigen Zeitpunkt nicht gewährleistet ist. Das gilt auch für die katholischen Ersatzschulen.

Bei einer nachhaltigen Gestaltung einer Schulzeitverlängerung sollten auch andere Schulformen nicht aus dem Blickfeld geraten. Die Schüler*innenzahlen an Gesamtschulen mit einer Gymnasialempfehlung haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Viele Schüler*innen haben sich bewusst für eine Gesamtschule entschieden, um ihr Abitur nach neun Jahren ablegen zu können. Wenn ein neunjähriges Abitur auch an Gymnasien wieder möglich ist, könnte eine Konkurrenzsituation entstehen. Eine Profilschärfung aller Schulformen kann hier vorbeugen, sodass alle Schulformen ihre individuelle Qualität beibehalten und ausbauen können. Studiengänge an Universitäten müssen ebenfalls in den Blick genommen werden und ggf. angepasst werden. Eine langfristige Planung, die Schüler*innen nicht zu „Versuchskaninchen“ macht, ist daher dringend notwendig.

Zusammenfassend wünschen und fordern wir eine nachhaltige, überlegte und am Interesse der Schüler*innen orientierte Umstellung aller Gymnasien hin zu einer neunjährigen Schullaufbahn. Dabei gilt es, nicht nur die Reduzierung der Wochenstunden zu beachten, sondern vor allem auch deren Ausgestaltung gemessen an dem Anspruch einer ganzheitlichen Bildung, sodass Freiräume für außerschulisches Engagement, außerschulische Aktivitäten und Bildung ausgeweitet werden. Dabei müssen Schüler*innen unbedingt gleichberechtigt eingebunden werden. Auch finanzielle Rahmenbedingungen müssen zufriedenstellend sein, sodass nicht an Personal und Räumlichkeiten gespart werden muss. Wir kritisieren zudem die mangelnde Transparenz bezüglich der Gestaltung von Kostenmodellen und Lehrplänen, sodass bei der Verabschiedung des Gesetzes für uns nicht einsehbar ist, wie die Rahmenbedingungen aussehen werden.